

Die schweren Wunden helfen kann, an denen Deutschland dahinsinkt?

Herr Roske hat geredet. Er hat außerhalb der Tagesordnung gesprochen, und anders als in erörterten Zwischenrufen konnte unsere Genossen ihm nicht antworten. Aber die entscheidende Antwort kann auch nur die deutsche Arbeiterklasse selbst geben. Sie muß sich endlich von dieser unheilvollen Politik abwenden, die die rechtssozialistischen Gewalttäter im Bund und zum Nutzen der bürgerlichen Reaktion führen. Sie muß endlich gemeinsame Front gegen ihre Gegner machen, selbst von der Staatsmacht Besitz ergreifen und einmütig eine wirklich sozialistische Regierung fordern, die dem herrschenden Schrecken endlich ein Ende macht.

Nach der Weisheit des Anderbrots. Nachdem die Nationalversammlung Roske ausjubilirt hatte, nahm sie das Sozialisierungsgesetz und das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft an. Das erste ist ein unbestimmtes Versprechen auf unbestimmte Sozialisierungsmaßnahmen, unter denen man sich alles mögliche vorstellen kann. Das zweite ist — weiße Salbe. Daß die Koalitionsregierung eine wirkliche Verwirklichung des Verabredeten durchführen wird, die endlich die Herrschaft des Kapitals vollständig beseitigen würde, glaubt wohl niemand. Und die Neuherrn des Ministers Bissell, der a. B. ausdrücklich verspricht, daß der Kleinhandel in Kohle erhalten bleiben sollte, zeigen, wie wenig Vertrauen man zur Ausführung des Gesetzes haben kann, die erst wieder von den Beschlüssen der Nationalversammlung abhängig ist. Die Weisheit ist real, das Anderbrot ein bloßes Schmeichelein.

Die Erziehung der Matrosen.

Am Dienstag, den 11. März, fand im Hause der Französischen Straße 32, in dem sich die Kasse der Volksmarine-Division befindet, 24 Matrosen standrechtlich erschossen worden. Zu diesem Vorgang wird von einem Augenzeugen folgendes berichtet:

Ich begab mich als Angehöriger der Volksmarine-Division am Dienstag, den 11. März, vormittags gegen 9 Uhr in das Haus der Französischen Straße 32, um dort meine rückständige Wohnung zu nehmen. Als ich die Treppe hinaufkam, wurde ich mit dem Ruf: Hände hoch! empfangen und wurde mit noch anderen Kameraden in ein Zimmer gesperrt. Im Verlauf des Vormittags kam noch eine große Anzahl weiterer Kameraden an, die gleichfalls ihre rückständige Wohnung empfangen wollten. Sie wurden ebenfalls festgenommen, einige von ihnen wurden mit Kolbenhieben und Faustschlägen traktiert.

Es hatten sich gegen Mittag etwa 300 Kameraden eingefunden. Nachdem alle benannten und noch Waffen durchsucht worden waren, wurden 24 von ihnen an den Hof geführt und dort in eine Kette gestellt. Man wollte bei ihnen angeblich Waffen gefunden haben. Die Erziehung ging in der Weise vor sich, daß auf die Gefangenen zuerst eine Salve und hierauf Schnellfeuer abgegeben wurde. Viele der Gefangenen fielen vor der Erschießung händeringend um ihr Leben. Ein Teil lag auf den Knien und bat im Interesse ihrer Angehörigen um Schonung. Alles Bitten und Flehen war jedoch vergeblich.

Nach dem Schnellfeuer lag in der Kette ein ganzer Menschenhaufen, ein Teil der Erschossenen rief noch. Die Überlebenden wurden hierauf durch Pistolenschüsse aus nächster Nähe tödlich erlegt. Unter den Erschossenen befanden sich auch die beiden Zahlmeister, die auf der Kassenverwaltung die Geschäfte erledigten und dabei festgenommen wurden. Sie hatten mit den Kämpfern am Alexanderplatz absolut nichts zu tun. Wohl hat man bei ihnen Waffen gefunden, aber welche hatten einen von der Kommandantur aufgestellten verschrifteten Ausweis, der sie zum Waffentragen berechtigte. Außer dem ist es selbstverständlich, daß auf einer militärischen Dienststelle immer Waffen herumliegen.

Von einem Angehörigen der 24 erschossenen Kameraden auf die Regierungstruppen kann keine Rede sein, weil die Kameraden einzeln verhaftet und abgeführt worden sind. Ich habe bis zu der Erschießung am Fenster gestanden und während der ganzen Zeit nicht einen einzigen Schuß gehört. Hätte einer der erschossenen Kameraden auf die Regierungstruppen geschossen, dann hätte ich dies unbedingt hören müssen. Die anderen Gefangenen, etwa 250 Mann, die nach der Erschießung nach Moabit transportiert worden sind, werden meine Aufgabe betrafften können. Was sich in dem Hause der Französischen Straße 32 abgespielt hat, war nach meinem Empfinden keine standrechtliche Erschießung.

Die Namen der Neuen sind der Redaktion bekannt. Auch dieser Fall zeigt wieder, wie notwendig die Einsetzung einer unparteiischen, mit allen Vollmachten ausgestatteten Untersuchungskommission ist. Die Vorgänge der letzten Zeit müssen durch eine solche Kommission unbedingt geklärt werden.

Neue Greuelberichte.

Das Wolffsbureau verbreitet im Auftrage militärischer Stellen neue Greuelberichte. So will ein Kremler in der Frankfurter Alee am 9. März 6 erschossene Kameraden aufgefunden haben. Wir wissen nicht, warum diese Tatkunde als Greuelat der Sporkisten bezeichnet wird. Die militärische Stelle kann nicht angeben, daß diese Soldaten nach ihrer Gefangennahme erschossen worden sind. Es ist viel eher anzunehmen, daß dieselben bei den Kämpfen getötet wurden. Dinerhältliche Erziehungsmüssen durch einwandfreie Beweise nachgewiesen werden. Die bloße Tatkunde, daß man erschossene Soldaten auf der Straße findet, reicht nicht aus zur Feststellung einer sporkistischen Greuelat. Nach der Unanständigen Meldung über den Nichtenberger Beamtenmord sind wir außerdem gezwungen, die militärischen Meldungen über Greuelthaten der Sporkisten mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Soweit Greuel verübt worden sind, werden sie von uns beurteilt: Voraussetzung dafür ist aber, daß man blühende Beweise für die Erziehung oder Mißhandlung der betreffenden Gefangenen erbringt.

Ein Beschuldigungsmandat.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt der Presse mit, daß die erlogene Nachricht über den Nichtenberger Beamtenmord nicht von ihr hergerührt habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß die „B. R. am Mittag“, die als erstes Berliner Blatt die Schreckenskunde in alle Welt sandte, in ihrer gestrigen Ausgabe ausdrücklich betont, daß ihr die Meldung durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division

gegangen sei. Das gleiche Verbrechen der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe.

Wir glauben gerne, daß es den militärischen Stellen, die derartige „eidliche“ Auslagen verbreiteten, nicht ganz wohl ist, nachdem sich die ganze Geschichte als ein großartiger Schwindel herausgestellt hat. Nachträgliche Einwendungen und Bekundigungen müssen aber nutzlos verpuffen. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß militärische Stellen große Unwahrheiten verbreitet und dadurch die Bevölkerung, vor allem aber die kämpfenden Soldaten, in eine Schreckensstimmung versetzt haben, auf die zum größten Teil die Mißhandlungen und Erziehungsmethoden vieler Gefangener zurückzuführen ist.

Die „B. R. am Mittag“ und der „Vorwärts“ mögen es nun mit der Garde-Kavallerie-Schützen-Division auseinandersetzen, wer zuerst und am meisten mit vorbedachter Absicht gelogen hat.

Das erzwungene Ultimatum.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte an Scheibemann die Anfrage gerichtet, ob es richtig sei, daß die „Reiter“ Berlin erst durch ein Ultimatum die Verhängung des Standrechts erzwingen mußten. Darauf wird durch eine offizielle Nachrichtenquelle erklärt, daß Scheibemann seine Zustimmung dazu schon am bedenklichen nicht habe geben können, weil nicht er, sondern die preussische Regierung dafür zuständig sei.

Das ist formell richtig. Diese Antwort geht aber an dem Kern der Sache vorbei. Entscheidend ist, haben die militärischen Machthaber Berlin die Verhängung des Standrechts, nachdem die von ihnen in die Welt geschickten erfundenen Greuelnachrichten über Nichtenberg die Forderung der Greuelthaten, durch ein Ultimatum erzwungen?

Auf die Frage muß in der heutigen Sitzung der preussischen Nationalversammlung eine klare Antwort gegeben werden.

Noch einmal die Fliegerbomben.

Das Wolf-Bureau verbreitet folgende Meldung:

Die „Freiheit“ bringt in der heutigen Morgenausgabe die Nachricht, daß Flieger auf eine Ansammlung karmoisier Divisillen am Friedrichshain am Anfang der Köpenicker Straße Bomben abgeworfen und 10 Personen getötet, viele verwundet hätten. Zu diesem Vorfall wird von der zuständigen Seite mitgeteilt, daß bisher kein Regierungsflugzeug innerhalb des Reichsbildes Berlins abgeworfen hat, auch wäre aus Flugzeugen bisher auf Menschen kein Schuß abgegeben.

Die „zuständige Seite“, die dem W. L. W. diese Meldung zukommen läßt, scheint das Gedächtnis der Zeitungsleser für so schwach zu halten wie ihr eigenes. Es wird behauptet, daß bisher kein Regierungsflugzeug Bomben innerhalb des Reichsbildes von Berlin abgeworfen habe. Das ist eine glatte Unwahrheit, die um so herausfordernder wirken muß, als die militärischen Stellen während der Kämpfe um den Alexanderplatz und um Nichtenberg selber ständig berichteten, Flugzeuge hätten durch gutgezielte Bombenabwürfe Maschinengewehrnestern der Luftkämpfer zerstört. Jetzt soll auf einmal kein Regierungsflugzeug Bomben auf Berlin abgeworfen haben. Das ist denn doch die Höhe!

Die Tatsache, daß bei den „gutgezielten“ Bombenabwürfen an mehreren Stellen der Stadt völlig unschuldige Menschen hingeworfen wurden, läßt sich durch solche „Berichtigungen“ nicht aus der Welt schaffen. Daß die Bomben von sporkistischen Fliegern abgeworfen worden sind, hat sich als Blöde erwiesen. Ergo können die Bomben nur von Regierungsflugzeugen abgeworfen worden sein. Dabei bleibt es solange, bis nicht durch „Berichtigungen“, sondern durch Tatsachen das Gegenteil erwiesen wird.

Das Verhaftungsieber.

Was wird mitgeteilt: Laut Beschuß der vor 14 Tagen in Berlin stattgefundenen Reichstagskonferenz der Staatsbetriebe wurden von der Gewerkschaft Erfurt zwei Vertreter nach Berlin zur Generalkonferenz berufen. Die beiden Kollegen trafen am Dienstag abend hier ein und quartierten sich in der Jomastraße in Reutbahn ein. Am Mittwoch früh nahmen sie ihre Tätigkeit bei der Generalkonferenz auf. Als sie sich nach Geschäftsbeschluss in ihre Wohnung begaben und gerade dabei waren, ihre Wohnung einzunehmen, erschien eine Militärpatrouille (ein Offizier und acht Mann) und erklärte dieselben für verhaftet. Die Ausweise des Kriegsministeriums halfen ihnen nichts; der Offizier erklärte alles für gefällig.

Auf die Frage, mit welchem Recht die Verhaftung vorgenommen werde, und ob sich die Herren legitimieren könnten, erfolgte die Antwort: „Verhalten Sie sich ruhig und warten Sie bis Sie gefragt werden. Unsere Legitimationen sind unsere Waffen.“ Spät als noch ein zweiter Offizier erschien, dem die ganze Sache doch etwas unsicher vorkam, wurden die beiden Kollegen freigelassen.

Dieser ganze Vorgang spielte sich unter dem Beisein von acht kriegsmäßig ausgerüsteten Soldaten mit schußfertigen Waffen ab. Derartige Vorgänge werden nicht dazu angesehen sein, das Vertrauen zur Regierung zu stärken und Ruhe in Deutschland herbeizuführen.

Stachelbrahordnung in Berlin.

Was wird geschrieben: Seit Mittwoch vormittag 10 Uhr ist von den Regierungstruppen zwischen dem Köpenicker Platz und der Wilschauer Straße ein Feuerloch errichtet worden. Mit einem Aufwand von Kraft, Geschützen und Munitionsvorrichtungen sucht man einen Schrecken zu verbreiten, der eine Komödie sein könnte, wenn er nicht so tragisch, sinnlos und gemeingefährlich ausfällt. Eine stärkere Provokation friedlicher Bürger, wie ich sie dort beobachtet, ist kaum denkbar.

Der Straßenverkehr war bis zu dem Eintreffen der Regierungstruppen sehr lebhaft. Plötzlich tauchten die Stachelmänner auf und schrien: „Straße frei! Feuer zu!“ Wenn das nicht im Augenblick geschieht, wird Schuß geschossen. Die Menschen flüchteten in die Hauseingänge. Ein Leninpauto mit den Maschinengewehren kommt an und nimmt an dem Feuer der Linier, Gubener und Posener Straße Aufstellung. Eine Frau wird hier, das Gesicht blutüberströmt, von zwei Sanitätern nach der Rosinenter Straße weggebracht. Bei der Postenkette an der Posener und Köpenicker Straße hantiert die Menge derer, die außerhalb dieser „Kriegsszone“ wohnen. Niemand wird durchgelassen. Uppfährlich treibt man die Menschen mit Gewehrgeknatter wieder zurück.

Am der Wilschauer Straße bei der Hochbahn werden 100 Kampfbereitungen getroffen. Schwere Artillerie, Kanonen und Sanitätswagen stehen bereit. Bei der Nichtenstraße ist wieder Wapperrung, und eine noch größere Zahl Menschen sind hier über die Oberbaumbrücke nach dem Südoften. Ein junger Leutnant hat hier das Kommando. Die Menschen verlangen stürmisch durchgelassen zu werden. Der Leutnant stellt sich in die Mitte der Straße: Stachelbrah hoch, es herrscht noch Ordnung in Berlin! Nachdem der auf dem Boden liegende Stachelbrah hochgespannt war, ruft er aus, daß alle diejenigen die von der Arbeit kommen oder zur Arbeit wollen, sich bei ihm legitimieren müssen, und diese Knuten, nachdem sie noch Waffen untersucht, passieren. Wer einen „besseren“ Eindruck macht wird von dem gestrigen Herrn Leutnant auf polizeiliche Anmeldebüro hin durchgelassen.

Die Verwundungen durch schwere Artillerie und Minen sind in der Frankfurter Alee und einigen Nebenstraßen ganz fürchterlich. Viele Familien sind obdachlos geworden.

Häßen in Neutönn.

Von einem früheren Angehörigen des Freiwilligen Korps Häßen wird uns mitgeteilt:

Das Freiwilligen Korps Häßen wurde in der Nacht vom 9. zum 10. März in Neutönn ein. Wir hatten die Aufgabe, die Stadt von „Sporkisten“ zu säubern. Bei der Vorlosausgabe wurde uns von dem Kompanieführer erklärt, daß wir das Recht hätten, jeden auf der Straße zu erschließen, bei einer Mißgebungsart der kommunistischen Partei bei sich trage. Wir wurden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir keinerlei Rücksicht auf Personen nehmen sollten.

Bei der Durchsuchung wurden in einigen Häusern Waffen gefunden. Die Besitzer sind ohne weiteres erschossen worden, ohne daß festgestellt worden ist, daß sie auf uns geschossen haben. Die Zahl der Erschossenen beläuft sich auf sieben, darunter drei Frauen. Eine Frau wurde vom dritten Stock eines Hauses an den Haaren auf den Hof gezogen und dort vor ein leichtes Maschinengewehr gestellt und erschossen. Einer der Erschossenen, ein Hundezüchter, soll nach Aussage von Kameraden nur eine Schreckpistole bei sich getragen haben.

In vielen Häusern hat unsere Truppe mit Maschinengewehren und Minenwerfern auf Häuser geschossen, obwohl nicht festgestellt werden konnte, daß von ihnen auf uns geschossen worden ist. Auch bei der Säuberung von Straßen sah ich, daß in der nächstgelegenen Weise vorgegangen wird. In der Regel werden an den Straßenecken Maschinengewehre aufgestellt und Straße frei gerufen. Noch bevor die Passanten den Ruf richtig vernommen haben, wird schon geschossen.

Ich sah mit meinen eigenen Augen, daß durch diese unterantwortliche Schießerei zwei Kinder getötet worden sind. Ich konnte mir diese Schaulustigkeiten schließlich nicht länger mit ansehen und habe deshalb dem Freiwilligen Korps Häßen den Rücken gekehrt.

Militärische Auslagen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Da die Freiwilligenkorps gegenwärtig die Presse und das Publikum mit „protokollarischen Auslagen“ zu beeinflussen suchen, möchte ich aus eigener Erfahrung berichten, wie solche Auslagen entstehen.

Als im Januar das Zentralbureau der U. S. P. D. in unerhörter Weise demoliert wurde, war es den Leitern dieser „Truppen“ doch etwas peinlich. Es wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die aus einem Hauptmann des „Sozialdemokratischen Vorkriegsdienstes“, einem Vertreter des Regimentes „Liebe“ aus der Berliner Straße und dem Unterzeichneten bestand. Zur Feststellung des Tatbestandes brachten diese Herren zwei junge Soldaten mit, die aussagen sollten, daß auf dem Dache Sporkisten gewesen, daß einer sogar verhaftet und somit der ganze Vorgang geredigiert sei.

Auf meine Einwendungen, daß es unmöglich sei, sich auf dem schrägen Dach des Vorderhauses zu halten und das es überhaupt unmöglich sei nach dem ersten, viel weniger nach dem zweiten Obergebäude zu sehen (einer Auffassung, der sich die übrigen Kommissionsmitglieder nach der Augenscheinnahme ohne weiteres angeschlossen) verstummten diese Zeugen.

Ich bestreite nicht, daß ein Mann als verhaftet abgeführt worden war. Nur war das kein Sporkist, sondern ein Angehöriger der „Schutztruppe“ der einer Angehörigen bei dem „ruhreichen Unternehmen“ ein Paar Schuhe gestohlen hatte. Ich beantrage daher, mir den Namen des angeblichen Sporkisten mitzuteilen. Bis heute ist das nicht geschehen.

Als dann die Angehörigen des Parteibureaus den Zeugen gegenübergestellt wurden, und ihnen gezeigt, wie unmöglich ihre Behauptungen seien, antworteten sie: „Wir müssen ja so aussagen.“

Dieser Ausdruck befaßelt die ganze Situation, und zeigt deutlich, auf welche Weise solche „Zeugenaussagen“ zustande kommen. So war es im Januar, so ist es auch jetzt. Wer nicht schon früher Material sammeln konnte, der wird in nächster Zeit hinreichend Gelegenheit finden.

Fernann Radtke.

Die Opposition bei den Rechtssozialisten.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Mariendorf-Südende, daß der Wahlverein der S. P. D. folgende Resolution beschlossen habe:

„Die Versammlung spricht der Redaktion des „Vorwärts“ wegen der in letzter Zeit, besonders während der Streikfrage beliebten Schreibweise ihre schärfste Mißbilligung aus. Die Verammelten sind der Meinung, daß die Regierung nicht den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse entspricht, sondern geeignet ist, die Partei aus schwerer zu schädigen. Wir sehen daraus, daß die Redaktion die Fällung mit den Massen vollständig verloren hat und eine Besserung der Verhältnisse nur durch eine Neu- oder Umbeziehung der Redaktion zu erwarten ist.“

Auch verlangte die Versammlung die sofortige Einberufung eines Parteitagess der S. P. D.

Eine Völkerverbundkonferenz für die Neutralen.

Paris, 12. März. (Reuter.) An alle neutralen Nationen Europas, Asiens und Südamerikas ist seitens der Völkerverbundkonferenz die Einladung ergangen, Vertreter abzuordnen, die am 1. April in Paris am 20. März stattfindenden ersten, nicht offiziellen Konferenz teilnehmen und dort ihre Ansichten über den Völkerverbund darlegen können.

Die Eröffnung des Preußenparlaments.

Belagerungszustand draußen, Belagerungszustand innen. Das ist das Signum, unter dem die gesetzgebende Preussische Landesversammlung steht. Es kostet Mühe, im Hause der Prinz-Albrecht-Straße Einlaß zu finden. Ohne Karte kein Zutritt. Und mit den Karten ist sehr sparsam umgegangen. Jeder Einlaßbegehrende wird drei- und viermal abgelehnt. Die Abgeordneten werden gebeten, überall ihre Legitimation vorzuzeigen, damit kein Unberufener durchschlüpfen kann. Die Kosackische Schuttpolizei im Hause achtet gewissenhaft darauf, daß niemand ins Haus kommt, der etwa Waffen bei sich führen könnte.

Das ehemalige Dreiklassenhaus ist stark besetzt. 340 Abgeordnete sind anwesend. Zum ersten Male sind Frauen erschienen. 20 an der Zahl. Die Kommerzialräte sind arg zusammengeschrumpft, die Rechtssozialisten bilden das Gros. Die äußerste Linke wird von den Unabhängigen Sozialdemokraten repräsentiert.

Nach 143 Uhr nimmt für die Regierung Minister Sirich das Wort. Er bearbeitet die Verammlung im Namen der vorläufigen Regierung, weist auf die frühere Zusammenkunft hin und sagt, daß an die Stelle des alten, auf Vorrechte ausgehenden Wahlrechts das gleiche demokratische Recht getreten sei. Die alte Klassenherrschaft sei zusammengebrochen und Platz der Demokratie gemacht worden. Das Volk habe keine Ketten getragen. Von den Bänken der Unabhängigen Sozialdemokraten erheben laute Stimmen: Standrecht! Belagerungszustand! Die Regierung habe ein aules Gewissen. Sie habe aus Pflichtgefühl auf ihrem Posten angedauert. Das wäre nicht leicht gewesen. Russische Volkswirtschaften bedrohten den Osten, wilde Streikbewegungen erschütterten das Wirtschaftsleben. Das Volk müsse sich auf die Pflicht zur Arbeit besinnen. Und die Regierung, so hätte es von den Bänken der Unabhängigen auf den Sozialismus! Die Verantwortung, die bisher die Regierung getragen, gehe jetzt auf das neue Parlament über. Die Aufgaben seien sehr große. Verfassung, Steuern, Unterricht, Erziehung, Verkehr erforderten Umgestaltung. Wirtschaftsmus wolle man nicht treiben. Das Reich müsse ein Einheitsstaat werden, aber gegen eine Verletzung von Freiheiten müsse man sich wehren. Herr Sirich schloß seine Rede mit den Worten: Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen!

Dann eröffnete der Alterspräsident Gerold die Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf die militärischen und politischen Ereignisse des letzten Jahres hinwies und besonders die schweren dem Volke auferlegten Bedingungen betonte. Zunächst wurde zur Führung der Geschäfte eine provisorische Geschäftsordnung beschlossen, die sich an die alte Anleihe mit Ausnahme aller der Bestimmungen, die durch die Umwälzungen überflüssig geworden. Das geschah ohne Widerspruch, nachdem die übrigen Parteien vorher der von den Unabhängigen verlangten Ausmerzung des Hausrechtsparagraphe aus der Reichsverfassung zugestimmt hatten.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Freitagssitzung wurde es im Hause lebendig. Der Präsident hatte vorgeschlagen die Wahl des Präsidiums die Wahl einer Geschäftsordnungskommission und die Beratung der Notverfassung auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu beantragte die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten, in erster Linie die Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes zu behandeln. Genosse Adolf Hoffmann wies auf die unerhörten Zustände in Berlin hin. Tagtäglich Mord, das Blut vieler unschuldiger Menschen. Dem müsse Einhalt getan werden. Die Notverfassung sei nicht so wichtig wie die Beilegung dieser Zustände. Schließlich wurde dem Antrage stattgegeben und beschlossen, ihn als dritten Punkt auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu setzen, nachdem auch Reimert für die Mehrheitssozialisten sich dafür ausgesprochen hatte.

Nach diesem Vorgeplänkel und den Zwischenrufen der Mehrheitsler zu urteilen, kann die Sitzung recht interessant werden, denn daß diese „vom Vertrauen des Volkes getragenen Herrschaft“ für ihren Kosack eintreten werden, ist ganz selbstverständlich.

Ein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat der Abgeordnete Schöffel-Wermelskirchen. An seine Stelle tritt der Genosse Wellert-Solingen, der aber von den Engländern zu vier Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden ist.

Die ersten Lebensmittel.

Mannheim, 19. März. Noch in dieser Woche wird ein Lebensmitteltransport von Rotterdam in Mannheim erwartet. Am letzten Sonntag ging eine Lebensmittelendung der Militärten von Rotterdam nach Duisburg ab.

Die Münchener Unabhängigen gegen die Kompromißpolitik.

Am Mittwochabend fand in München eine Generalsammlung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei statt, in der u. a. beschlossen wurde: Die Unabhängigen sozialdemokratische Partei Münchens verweist grundsätzlich die bürgerliche Demokratie und den bürgerlichen Parlamentarismus als Ausdruck des politischen Willens und als Kampfmittel des werktätigen Volkes. Als Mittel bedient sie sich der Verwaltung durch das werktätige Volk (Diktatur des gesamten Proletariats), in der sie kein terroristisches, sondern ein schöpferisches Mittel sieht. Voraussetzung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Masse. Die Unabhängigen sozialdemokratische Partei Münchens wehrt sich entschieden gegen jede Kompromißpolitik der mehrheitlichsozialistischen Führer. Die Unabhängigen sozialdemokratische Partei verwirft jedes Bestreben, eine sozialistisch-revolutionäre Front zu bilden, die einen Teil der arbeitenden Bevölkerung einschließt. Die Unabhängigen sozialdemokratische Partei steht in der kommunistischen Partei eine Bruderorganisation, mit der sich eine gemeinsame Arbeitsbasis finden läßt, ebenso, wie sie alles aufbietet, um die revolutionären sozialistischen Massen der Reichsparteien für den neuen Aufbau zu gewinnen. Aus den dargelegten Grundbegriffen folgt für die gegenwärtige Lage, daß sie die Vereinbarungen vom 7. und 8. März entschieden verwirft. Das

Verhalten der Fraktion im Reichstagesrat nicht billigt und es ablehnt, auf der Grundlage der Vereinbarungen mit den Reichsparteien sich an einem Ministerium zu beteiligen.

Scheidemanns Freunde.

Bei den Vorgesängen, die im Januar zur Besetzung des unabhängigen Parteibüros in Solingen, der „Vergischen Arbeiterstimme“, durch die Engländer und schließlich zu einem Redaktionswechsel führten, haben die Solinger Rechtssozialisten eine so merkwürdige Rolle gespielt, daß es sich heute noch lohnt, eine Zuschrift zu veröffentlichen, die uns aus Solingen zugeht und die einiges Licht in diese dunkle Angelegenheit bringt. Es heißt darin:

Die Vorgesänge in Solingen, die zum Redaktionswechsel in der „Vergischen Arbeiterstimme“ geführt haben, sind nicht zu verstehen ohne Kenntnis ihrer Vorgeschichte. Diese beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem die Solinger Arbeiterkammer anfang, sich von ihrem Abgeordneten Scheidemann loszulösen. Nur der, dem bekannt ist, mit welcher Verehrung die Arbeiter des Kreises Solingen ihrem „Philipp“ anhängen, kann ermessen, wie sehr sie durch die Politik des 4. August im Tiefsten getroffen worden sein müssen, um zu dem Maß von Verachtung zu gelangen, mit dem sie seit Jahren schon Scheidemann gegenübersehen.

Die Anhängerschaft, die Scheidemann in Solingen trotzdem behielt — oder wenigstens deren Führung, für die Herr Hugo Schaal, Geschäftsführer der Parteidruckerlei, maßgebend ist —, hat aber von Anfang an die Schuld an der „Sinnesänderung“ des politisch aktiven Teils der Solinger Arbeiterkammer nicht in der sozialpatriotischen Politik der kaiserlichen Sozialisten gesehen, sondern machte die Führer der Opposition persönlich dafür verantwortlich. Sie wurden von Schaal und Konjunkten mit allen Mitteln bekämpft.

Der erste Streich wurde gegen den Genossen Wilhelm Dittmann, damaligen Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ und Reichstagsabgeordneten des Reichstages geführt. Er wurde von Schaal in einem Schreiben an das Generalkommando des 7. A.-R. zur militärischen Eingliederung empfohlen. Und zwar mit dem Erfolge, daß Genosse Dittmann tatsächlich Soldat werden mußte.

An seine Stelle trat Genosse Merkel. Und auch gegen ihn setzte die Denunziationsfeldzug ein. Der intime Freund des Herrn Schaal, der Polizeikommissar Kircher, war es, der Meldungen an das Generalkommando schickte und Genossen Merkel für Gefängnisstrafen empfahl. (Die diesbezüglichen Akten sind bei der Revolution aufgefunden und veröffentlicht worden.)

Der Haß der Solinger Scheidemanngegner gegen die Führer der U. S. P. wurde noch größer nach dem Volksgericht der Scheidemann-Versammlung im Sommer 1918. In dieser Versammlung stand Herr Scheidemann mit bleichem Gesicht und verzerrter Miene als arbeitsloser Schächer vor der empörenden Masse der Solinger Arbeiter, die ihm ihre Verachtung und ihren Haß schärfstlos entgegenbrachten. Nach dieser Versammlung gingen die Spießgesellen des Herrn Schaal in Köln und Elberfeld, die Herren Solmann, Boldt und Dröner so weit, die Genossen Merkel und den Genossen Krepen öffentlich für die Schandhaft zu empfehlen.

Auch durch die Resolution wurde der Gegensatz zwischen der U. S. P. und den Scheidemannern nicht ausgeglichen. Die Scheidemanngegner gerieten bei der Arbeiterkammer, je mehr für die Unabhängigen die Agitationsmöglichkeiten zunahmen, immer mehr ins Hintertreffen. Da bot ihnen die Besetzung des Solinger Kreises durch englische Truppen die erwünschte Gelegenheit, für einen „gerechten Ausgleich“ etwas zu tun.

Zuerst verurteilte Herr Schaal die führenden Genossen der U. S. P. D. dadurch einschüchtern, daß er ihnen verriet, er habe durch einen „Vertrauensbruch“ zufällig erfahren, die Engländer wollten unabhängige Führer verhaften lassen. Aber der Plan gelang ihm nicht. Die Unabhängigen dachten gar nicht daran, vor den Engländern dahinzulaufen. Und die Engländer dachten nicht daran, die Unabhängigen zu verhaften.

Da veröffentlichte Herr Schaal etwa 14 Tage vor der Wahl zur Reichstagsversammlung in der „Vergischen Arbeiterstimme“ einen Bahlauß seiner Partei, in dem vor „Spartakus“ grollend gemeldet wurde, und in dem es weiter hieß: In Solingen verhielten sich die Spartakisten hinter der U. S. P. D. (In Wirklichkeit sind die Kommunisten in Solingen besonders organisiert.)

Diese verächtliche Denunziation erfüllte ihren Zweck vollkommen. Nachdem sie erschienen war, wurden der U. S. P. D. in den wichtigsten Industriestädten sämtliche Versammlungen verboten. Da Flugblätter und Plakate nicht verbreitet werden durften, war damit die Wahlarbeit der U. S. P. D. vollständig lahmgelegt.

Den Rest zur „Aufklärung“ der Engländer besorgten dann Verhöre, deren Verlauf man ja selten feststellen kann. So wurde verbreitet, die U. S. P. D. wolle die Wahlen fälschen, sie wolle Straßendemonstrationen veranstalten usw.

Nun wird die „Vergische Volksstimme“ (ein sogenanntes Kopfbüchlein), das aber außerhalb des besetzten Gebietes (im Kreise Kemmerich) verbreitet wird, in der gleichen Dauderei hergestellt wie die „Arbeiterstimme“. Sie enthält am 18. Januar die Aufforderung am Montag, den 20., in einen Proteststreik einzutreten wegen der Ermordung Liebknechts. Wohlgeachtet: Zeitung sowohl wie Aufforderung waren nur für das besetzte Gebiet bestimmt.

Diese Zeitung wurde der englischen Behörde (von wem und mit welchem Kommentar?) in die Hände gespielt. Diese hat daraufhin — vorangegangen wie sie war durch die „Aufklärungen“, die ihr von allen Seiten zuteil wurden — die Solinger Parteidruckerlei geschlossen und militärisch besetzt, die beiden Parteizeitungen verboten und die Genossen Merkel, Wellert und Krepen verhaftet.

Vom englischen Kriegsgericht wurde dann der Genosse Merkel wegen der Aufforderung zum Generalstreik in der „Vergischen Volksstimme“, für die er (auch nach den strengsten juristischen Begriffen nicht) in keiner Weise verantwortlich war, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Parteisekretär Genosse Wellert erhielt wegen unerlaubtem Waffenbesitz (bei einer Hausdurchsuchung, die im Anschluß an die Verhaftung vorgenommen wurde, wurde in seiner Wohnung ein geladener Revolver gefunden) dieselbe Strafe, verschärft durch Zwangsarbeit. Der Genosse Krepen, dem man keinerlei Verstoß gegen die Anordnungen der englischen Behörden nachweisen konnte, wurde auf Grund einer Anzeige des Solinger Polizeikommissars Kircher ohne jede Vernehmung und ohne jede Möglichkeit der Verteidigung als „Agent der Rotta“ (mit der Kr. nie Verbindung gehabt hat) 20 Tage im Solinger Polizeigefängnis in Haft gehalten und dann am 10. Februar aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen mit der Warnung: bei unerlaubter Rückkehr setze er sich der Todesstrafe aus.

Herr Schaal war nach diesem Zwischenfall sehr betrie-

blieben. Er suchte mit Verheißungen und Versprechungen den Bestand eines Teils der Parteigenossen her zu machen, daß die Verhafteten die Schließung der Parteidruckerlei und das Verbot der Zeitung leichtsinnig herbeigeführt hätten. Herr Schaal konnte diese Arbeit (sozusagen verrichten, weil ja diejenigen, die Auffklärung hätten geben können, mundtot gemacht) werden. Und sein Freund Kircher sorgte dafür, daß sie recht gründlich mundtot waren.

Herr Schaal benutzte die Gunst der Lage ausgiebig für seine Zwecke. Er verstand die Sache so zu drehen, daß viele Genossen die Auffassung bekamen: nur durch einen Redaktionswechsel und eine gleichzeitige Schwächung nach rechts könne das Wiedererschließen des Blattes ermöglicht werden. So kamen jene Beschlüsse zu Stande: die Genossen Merkel und Christmann zu entlassen und die Redaktion neu zu besetzen. Es war dann noch ein Blick für die U. S. P. D., daß Genosse Dr. Erdmann sich bereit erklärte, die Redaktion zu übernehmen.

In Wirklichkeit aber haben die Engländer gar nicht daran gedacht, auf die parteipolitische Haltung der Zeitung einen Druck auszuüben. Für sie war die Schließung der Druckerlei und das Verbot der Zeitungen lediglich eine zeitlich bedingte politische Maßregel, bezw. ein Strafvollzug. Dasselbe ist übrigens inzwischen (am 14. Februar) ein größeres Verbot von Zeitungen widerfahren. Die Geschäftsstände derselben sind geschlossen, verhaftet und sogar zuverrückt und Verleger und Redakteure inhaftiert worden. Der Verhaftete ist nur der, daß die bürgerlichen Verleger dem Verbotfall ruhiger gegenüberstehen und nicht daran denken, ihre Redaktionen deshalb zu verlassen.

Eines aber können die Engländer nicht dulden: Wie die Führer der Arbeiterkammer im Falle der Militärkollatur benutzten, um die U. S. P. D. zu bekämpfen, so benutzten sie heute die Fremdbekämpfung. Sie waren und sind die Ruchnießer des Schicksals. Ferner seien, die im Trüben fischen. Alles zur früheren Ehre Scheidemanns!

Groß-Berlin.

Neues Leben in den Gemeinden.

Der Einzug der Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen hat in die Arbeit des Lebens und Bewegung gebracht. Im Gegensatz zu früher, wo selten irgend jemand Meinung vertrat, den Beratungen dieser Körperschaften als Zuhörer beizumischen, reichen jetzt die vorhandenen Zuhörertribünen kaum aus, um alle unterzubringen, die Interesse für die Verhandlungen zeigen. So war es auch gestern in der zweiten Sitzung des Charlottenburger Stadtparlamentes. Die Sitzung dauerte über fünf Stunden. Die alte Auffassung, daß in den Gemeinden alle Fragen ohne politische Erörterung erledigt werden könnten, wurde einfach beiseite geschoben. Die großen Gegensätze in der Weltanschauung traten bei der Beratung fast aller Vorlagen deutlich hervor. Zwischen den Unabhängigen und der äußersten Rechten, aber auch mit den Demokraten gab es verächtlich scharfe Zusammenstöße, so zuerst bei der Beratung über die Beibehaltung von 2000 M. an den Volksschulen. Auch die Beratung der Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf alle gewerblichen Arbeiterinnen entfaltete eine lebhaft Diskussion, da ein Gegner der Rechten die Erteilung von Religionsunterricht in der Fortbildungsschule verlangte.

Die Beratung der Anträge über die Aufhebung der Voranschulen zeigte, wie wenig geneigt die bürgerlichen Parteien sind, Vorrechte ohne Kampf aufzugeben. Von den Unabhängigen war beantragt, die Aufhebung für die erste Vorklasse sofort durchzuführen. Einen ähnlichen Antrag stellten die Rechtssozialisten. Den Antrag der Unabhängigen begründete in einer längeren Rede mit großer Sachkenntnis, die auch der Magistratsvertreter anerkennen mußte, Genosse Dr. Löwenstein. Da sowohl die Rechte wie die Demokraten sich gegen die sofortige Abschaffung der Vorklassen erklärten, wurde der Antrag abgelehnt, aber beschlossen, die Vorklassen am 1. April 1920 zu beseitigen.

Au sehr heftigen Zusammenstößen mit den Bürgerlichen kam es dann bei dem Antrag der Unabhängigen auf Freimachung der Schulen vom Militärs. Den Antrag begründete der Genosse Klid. Der Vertreter des Magistrats betonte, der Magistrat habe alles getan, was in seinen Kräften liege. Auf seine Eingabe habe der Oberbefehlshaber Roske überhaupt nicht geantwortet. Die Bürgerlichen versuchten, das Verhalten des Militärs bei den jetzigen Kämpfen und die Ueberlassung der Schulen zu rechtfertigen. Demgegenüber betonte Genosse Dr. Herz, daß er den Eindruck habe, als ob der Magistrat bisher nicht alles getan habe, um die Schulen ihrem eigentlichen Zweck wieder zuzuführen. Er kritisierte sehr heftig das Verhalten der Regierungstruppen, dessen Unterbringung in den Schulen nicht nur zu einer sittlichen Gefahr für die Schüler und Schülerinnen geworden sei, sondern dessen Verhalten auch der ganzen Bevölkerung gefährlich geworden sei. Die hierauf einsetzende politische Diskussion, bei der sich die Rechtssozialisten für die Annahme des Antrages der Unabhängigen erklärten, ohne aber das Verhalten des Militärs zu verurteilen, gab dann später noch dem Genossen Dr. Broß Veranlassung, eingehend die Ursachen der jetzigen Kämpfe darzulegen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte den Antrag der Unabhängigen ab.

Die in ihrem ganzen Verlauf außerordentlich stürmische Versammlung fand erst weit nach 11 Uhr ihr Ende. Solange haben die alten Charlottenburger Stadtväter wohl nie getagt.

Todesopfer fallen unerbötlich...

Die Zahl der Opfer dieser Tage ist sehr groß, daß sie Unterbringung der Leichen bereits auf Schwierigkeiten stößt. Im Leichenhaus in der Hannoverischen Straße sind nunmehr 100 Leichen untergebracht. Die Aufnahmefähigkeit des Schaufaßes ist damit erschöpft. Besonders die eingetretene wärmere Witterung läßt eine größere Belegung nicht zu. Von diesen 100 Leichen sind noch 42 unbestattet, die zur Religiosierung öffentlich ausgestellt werden müssen. Hierdurch wird besonders viel Platz zugenommen. Von der Staatsanwaltschaft sind zwar schon eine ganze Reihe von Leichen, deren Verhältnisse ungewiss sind, zur Beerdigung freigegeben worden. Es sind dies aber meistens Leute, deren Angehörige in dem Kampfgebiet wohnen, und die dadurch nicht in der Lage sind, die Leichen abzuholen und die notwendigen Beerdigungen zu

... die Arbeiter immer noch nicht wieder arbeiten, weil sie daran gehindert werden. Ich bitte die Regierung, rücksichtslos für Erlaubnis zu sorgen (Beifall im Saal.)

Abg. Koenen (H. Soz.): Unsere Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Phantasien. Das Käfische ist erst gestern im mitteldeutschen Braunkohlenrevier durch Vereinbarung der Regierung mit den Arbeitnehmern eingeführt worden. Diese Regelung hat so sehr den Beifall der Gewerkschaftsführer gefunden, daß sie daselbst schon auch im Ruhrrevier und in Oberschlesien einführen wollen. (Beif. d. H. Soz.) Erst durch den Generalstreik haben die mitteldeutschen Bergarbeiter die Anerkennung der Betriebsräte für die gesamte Arbeiterschaft durchgesetzt. Wir wollen auch die Sachverständigen heranziehen, der von der Regierung vorgelegene Sachverständigenrat würde aber eine kapitalistische Interessenvertretung sein, die den Zweck des ganzen Gesetzes zu Fall bringen würde. (Sehr richtig! H. d. H. Soz.) So wird das Gesetz ein Scheitern und Scheitern bleiben müssen. (Sehr wahr! H. d. H. Soz.) Es wird uns dazu führen, daß die Kohlenpreise weiter steigen. Weil das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen.

Abg. Koenen (H. Soz.): Wenn die Unabhängigen zugestimmt hätten, daß dieses Gesetz einen ersten großen Schritt auf dem Wege der Sozialisierung darstellt, so würden sie ein großes Argument aus der Hand geben. Das wollen sie nicht, denn lehnen sie das Gesetz ab und gehen in aller Weise weiter. (Sehr wahr! H. d. H. Soz.) Der Abg. Koenen stellt es so dar, als ob die Anerkennung der Betriebsräte nur ein Erfolg des Generalstreiks in Mitteldeutschland sei. Er als der Hauptführer dieses Streiks fühlt sich nicht recht frei und ist nun anständig bemüht, Erfolge dieses Streiks zu konstruieren, die in Wirklichkeit gar nicht bestehen, denn alles, was vereinbart worden ist, war schon vorher in den Verhandlungen von der Regierung angefaßt worden. Der Hauptzweck des Streiks war nicht die Betriebsräte, sondern der Kampf gegen die Regierung. (Beif. d. H. d. H. Soz.)

Abg. Walbaum (Dnt.): Ich erkläre die Zustimmung eines Teiles meiner politischen Freunde.

Die §§ 1 und 2 werden unbedeutend angenommen, ebenso § 3, der die Zusammenfassung des Sachverständigenrates von 50 Mitgliedern bestimmt, sowie die übrigen Teile des Gesetzes. Nur zu § 4, wonach der Nationalversammlung über die Ausführung des Gesetzes Bericht zu erstatten ist, wird eine redaktionelle Änderung begehrt.

Abg. Dreweil (H. Soz.) begründet einen Änderungsantrag zu der eingebrachten Resolution und wendet sich gegen die Politik der Gewerkschaften im Kriege. (Der Antrag wird bei dieser miserablen Berichterstattung totgeschwiegen! Die Red.)

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt und die Entschließung des Ausschusses angenommen.

In fortgesetzter dritter Lesung wird das Gesetz über die Kohlenwirtschaft gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teiles der Rechten angenommen.

Das Sozialisierungsgesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Ministerpräsident Schönermann: Pressenachrichten zufolge wird von feindlicher Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Loslösung rheinischer Gebiete vom Reich hinstrebt. (Beif. d. H. d. H. Soz.) Wir wissen, daß diese Bestrebungen an der Grenze der Bevölkerung zum Reich scheitern werden. (Sehr wahr!) Trotzdem sind die Gefahren, die unserem Lande aus diesen Bestrebungen erwachsen, nicht zu verkennen. (Sehr richtig!) Nach dem heutigen Stande der Dinge sind wir der Ansicht, daß jede staatsrechtliche Umgestaltung der Reichseinheit geeignet ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Allseitige Zustimmung.) Angeht es der gesamten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären: Die Reichsregierung steht in jedem Besonderen der Loslösung rheinischer Gebiete einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Widerstand gegen das anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerbittliche Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volkes. (Beif. d. H. d. H. Soz.) Die Regierung wehrt sich darin völlig einig mit der heiligen Ueberzeugung der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigennützligen Bestrebungen einzelner interessierter Personen. (Allseitige Zustimmung.) Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Gebiete zum Reich ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Sehr richtig!) Diese Frage kann nur im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung widmen ihr die erste Beachtung. Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen. (Beif. allseitiger Beifall.) Es ist eine Entscheidung der Abg. Loewe, Genscher, Payer, Graf Posadowsky, Dr. Gmelin bekannt zu machen.

Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und erteilt die Reichsregierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen.

Diese Entschließung wird einstimmig angenommen. (Beif. allseitiger Beifall.)

Präsident Scheuenberg: Wir sind damit am Ende unserer Arbeit angelangt. In der Pause werden die Kommissionen fleißig und hoffentlich auch mit Erfolg für unser geliebtes Vaterland arbeiten. Wenn brauchen hier und da Stimmen laut geworden sind, die Nationalversammlung rede zu viel, so kann einem ja manchmal dieses Gefühl antommen. (Weiterkeit.) Aber wir haben in den letzten Wochen doch der Arbeit viel beigegeben, und wenn das in Zukunft noch mehr geschieht, so wäre das freudig zu begrüßen. (Zustimmung.) Aber schließlich ist es ja unsere Arbeit, zu berufen, also zu reden, und unsere Taten sind die Worte und die Beschlüsse, die wir fassen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 25. März, 8 Uhr. — Im Bedarfsfalle wird eine frühere Einberufung erfolgen.

Schluß gegen 6 Uhr.

Brennische Landesversammlung.

1. Sitzung. Donnerstag, den 13. März 1919.

Das Haus weist guten Besuch auf. Auch die Tribünen sind gut besetzt. Die Abberufung wird streng abgehandelt.

Um 2 1/2 Uhr treten die Mitglieder der bisherigen Regierung in den Saal. Während die Minister Ernst, Fischel, Hoff, Braun, Südekum, Heine, Gänisch und Böhre an den Regierungstischen Platz nehmen, tritt der vorläufige Ministerpräsident Hirsch zur Rednertribüne und hält folgende Ansprache:

In erster Zeit haben Sie sich zu schmerzlicher Arbeit im Dienste unseres geliebten Vaterlandes und unseres schwer geprüften Volkes zusammengefunden. Kamens der vorläufigen Regierung heiße ich Sie bei Beginn Ihrer Tätigkeit herzlich willkommen. (Beifall.)

Schon allein durch ihr Hohes Amt und durch Ihre Zusammenfassung ist die verfassunggebende Landesversammlung ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung, die sich seit der letzten Tagung eines preussischen Parlaments im Reich so auch in Preußen vollzogen hat. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts, das Jahrzehnte hindurch einigen bevorrechteten Klassen die Herrschaft ausgeteilt hat, ist das demokratische aller Wählerrechte getreten, die politische Gleichheit, die eine verborgene und die Zeichen der Zeit nicht erkennende Schicht noch vor wenigen Monaten dem Volke verheimlicht zu haben wähnte, ist zur Tatsache geworden, und seine Macht der Welt wird je mehr sich zeigen. Die großen demokratischen Freundschaften der Revolution zündete zu machen. (Beif. d. H. d. H. Soz.)

Wir dem Dreiklassenwahlrecht ist zusammengefallen. Den der Massenstaat und die Klassenherrschaft, zusammengefallen nicht, um an Stelle der Herrschaft der einen Klasse die Herrschaft der vielen zu setzen, sondern um Platz zu machen der Demokratie, der Herrschaft des Volkes in des Wortes weitestem Sinn, des Volkes, das seine Kräfte gesprengt hat und entschlossen ist, selbst sein Geschick in die Hand zu nehmen. (Rufe der H. Soz.: Ständrecht! Handgranaten! Sidlerberg!)

Das alte Preußen ist für immer dahin. (Rufen bei den H. Soz.) Ein neues Preußen ist im Werden, und wie mancher auch wehmützig der Vergangenheit nachtrauert, das preussische Volk in seiner überaus großen Weisheit besaß die neue preussische Republik, das preussische Volk will den Ausbau des Volksstaates, seines Staates. Diesen Wunsch und Auftrag des Volkes zu erfüllen, sind Sie hier versammelt.

Die vorläufige Regierung, welche die Bildung einer verfassungsmäßigen, auf dem geordneten Ausbau des Volksstaates beruhenden neuen Regierung in Ihre Hand legen wird, sobald Sie sich dazu in den Stand gesetzt haben werden, unterwirft sich nach vier Monaten der Amtsführung mit ruhigem Gewissen dem Urteil des Volkes.

Den freilosen Händen der alten Mächte entziffert das Staatsrecht. Der militärische Zusammenbruch hätte ihnen die moralische Kraft zum Widerstand genommen. So nahmen wir die herrenlose Staatsgewalt an uns, um das Chaos, die völlige Auflösung von Staat und Gesellschaft zu beseitigen. Wir sind nicht an den Grund reifenden moralischen Zusammenbruchs gedrängt. Rettungselos fügen wir in diesen Abgrund, wenn unser Volk sich nicht endlich auf seine Pflicht zur Arbeit besinnt. Und hat denn unser Volk vergessen, daß es die zum Ausbruch des Krieges das arbeitssame, das tüchtigste, das leistungsfähigste der Welt gewesen ist? Die Arbeiter und Soldatenräte, die mit der Revolution geboren Organe des Volkes, haben uns vielfache wertvolle Dienste geleistet und in Tagen, da alles auseinanderbrechen drohte, Ordnung gehalten und den Fortschritt des öffentlichen Lebens gefördert. Über ihre Zusammenarbeit mit den alten Organen des Staates (ihre unzähligen Leistungen aller Art und wir haben unser Bestes getan, diese neuen Gebilde wenigstens einigermaßen organisch in unser öffentliches Leben einzufügen. (Rufe der H. Soz.: Ansguschütteln!)

Mit Genehmigung befragen wir den Saal, da die Verantwortung von uns auf die freigeählte Vertretung des ganzen Volkes übergegangen ist. An Ihnen ist es nun, dem freien Preußen die neue demokratische Staatsform zu geben. Sie sollen Preußen aus einem der politisch rückständigsten zum freieständigen und vornehmlichsten Staat der Welt machen. Sie sollen die Abneigung gegen Preußen überwinden. Große Aufgaben stehen Ihnen bevor. Sie haben aufzuräumen mit der Reaktion in der inneren Verwaltung. Sie haben das Verkehrs- und das Steuerwesen neu zu ordnen, die gewaltigen Probleme der Wohnungsfürsorge und öffentlichen Gesundheitspflege zu lösen, unser ganzes Unterrichts- und Erziehungswesen auf moderne Grundlagen zu stellen. Die Wege zu den höchsten Stellen im staatlichen, im wirtschaftlichen, im kulturellen Leben waren bisher nur einer kleinen Zahl Bevorzugter offen. Das muß im neuen Preußen anders werden. Jeder geistigen Kraft, jedem Talent wird der Staat den Weg ebnen, um durch Fleiß und Leistungen zur vollen Ausnutzung seiner Kräfte zu gelangen. (Beifall.)

Wir kennen keinen preussischen Partikularismus. Preußen ist bereit, aufzugehen im Reich, in der Republik der politischen geeinten Nation, im deutschen Einheitsstaat. (Beifall.) Hören die Gliedstaaten auf, dann könnte das ganze Reich noch Zweckmäßigkeit in neue Verwaltungsbezirke eingeteilt werden. (Beifall.) Aber der denkbar ungeeignete Weg zum deutschen Einheitsstaat wäre die Herabsetzung Preußens in leistung- und lebensunfähige Provinzialrepubliken. (Beifall.) Diese Aufteilung wäre für unsere Wirtschaft, unsern Verkehr und unsere Kulturpflege gleich verhängnisvoll. Solange die süddeutschen Staaten und Deutsch-Oesterreich, dem wir zu seinem bevorstehenden Eintritt in die große deutsche Republik unseren herzlichsten Gruß senden. (Beifall.) Selbständige Gliedstaaten bilden, solange wir auch Preußen als ein Glied der Einheit betrachten müssen. Der Fortschritt der deutschen Einheit liegt nicht in der Vermehrung der Einzelstaaten. Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Mit Gewalt hat es sich das Reich zusammenzuschmiebelt. Die Gewalt ist gebrochen. Mit dem Welt der Freiheit, der Ordnung und Arbeit soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen Freiheit dienen. Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen! (Beifall.)

In den Dienst der jungen preussischen Volksstaates sollen Sie Ihre ganze Kraft stellen. In diesem Werk würden Ihnen die patriotische Regierung Glück und vollen Erfolg. (Beif. d. H. d. H. Soz.)

Abg. Adolf Hoffmann: Die Reichsregierung ist wohl!

Dieser eröffnet der Abg. Herold (H. d. H. Soz.) als Mitglied der Versammlung, geb. am 20. Juli 1848, die erste Sitzung der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Nach seiner Begrüßungsansprache befragt vor vorläufiger Bildung des Bureaus der Landespräsident zu Schriftführern Frau Gertrud Hanna und die Abg. Specht, Neber-Frankfurt und Geßler-Altman.

Es sind bereits 840 Mitglieder angemeldet, die Beschlüsse des Hauses steht demnach fest. Zur Beratung gelangt: Annahme der Antrag Herold und Genscher auf Annahme einer vorläufigen Geschäftsordnung. Der Antrag übernimmt die meisten Bestimmungen der für das frühere Abgeordnetenhaus in Geltung gewesenen Geschäftsordnung, schlägt aber einige Änderungen vor. Die Führer der Parteien haben sich einstimmig auf den Boden dieses Antrages gestellt, während aber einige weitere Änderungen hinzuzufügen. Vorfallen soll der § 64. Bestimmungen über den Ausschluß von Mitgliedern aus dem Saal; bezugsweise werden soll die bisherige Unterrichtsminister für Anträge von 10 bis 30 auf durchweg 15 Mitglieder. Endlich soll in Abweichung von dem vorliegenden Antrag, der drei Vizepräsidenten in Aussicht nimmt, die Beschlüsse über die Zahl der Vizepräsidenten noch abgelehnt werden.

Mit diesen Änderungen und Ergänzungen wird der Antrag Herold ohne Erörterung angenommen. Für die endgültige Festlegung der Geschäftsordnung wird die Erziehung einer besonderen Kommission beschlossen. Eingegangen ist von der Regierung der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, von dem Abgeordneten Adolf Hoffmann (H. Soz.) ein Antrag auf Aufhebung des Ständrechts und des Regierungszustandes in Groß-Berlin. (Weiterkeit red. — Einruf bei den H. Soz.)

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittags um 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Beratung eines weiteren Antrages zur Geschäftsordnung, 2. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführer, 3. erste, zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfes wegen vorläufiger Ordnung der Staatsgewalt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Adolf Hoffmann (H. Soz.): Ich beantrage als vierten Punkt meinen Antrag auf Aufhebung des Ständrechts und des Verlagerungszustandes auf die morgende Tagesordnung zu setzen. Ich tue dies namens meiner Fraktion und trotz des Sachens, welches auf der rechten Seite bei Verlesung des Antrages erhob. Wenn die Herren die letzten Tage und Nächte in Berlin Ost und West erlebt hätten, würde ihnen das Raden aus den Lippen erfordern sein, wenn sie erlebt hätten, wieviel Aufschubige dort

dem Ständrecht zum Opfer gefallen sind. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.: Ihre Stimme!) Sie hören nicht und Sie leben nicht, Sie wollen nicht hören und nicht leben, es hätte auch noch umgekehrt kommen, und dann könnten Sie fragen, wenn das Ständrecht mit einer Minute länger erhalten bliebe, vor allem es ist ungeschicklich. Wir würden eine Gewissenspflicht befürchten, wenn wir auch nur einen Tag noch mit dem Antrag warten wollten. Schon die morgige Sitzung ist es eigentlich zu spät. Wenn die preussische Landesversammlung sich ihrer Pflicht bewußt wäre, müßte sie noch heute sofort in die Beratung dieses Antrages eintreten, denn Sie wissen nicht, wieviel bis morgen noch dem Ständrecht zum Opfer gefallen sein werden. Ich kann Ihnen heute nachweisen, wo

Leute kurzerhand erschossen

sind, die vier Jahre im Felde mitgemacht und sich fast alle ihre Waffen zum Andenken mitgebracht haben. Es spielen sich dort Dinge ab, die ein

Schändlich in der Geschichte

sind. (Erneute Zustimmung bei der Mehrheit: Ihre Stimme!) Ich nehme an, daß die Inhaber der preussischen Ministerstühle davon nichts wissen, denn sonst würde das unschuldig vergossene Blut an ihnen kleben. Sie würden sich in der ersten Sitzung ein Quantum ausziehen, das einem Toten gleich wäre, wenn Sie nicht unsern Antrag auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung setzen. Alle Parteien sind sich darüber einig, daß das

Ständrecht aufgehoben

ist, schon unter den früheren Zuständen ungeschicklich war. Wenn Sie ein Gefühl für Menschlichkeit haben, nehmen Sie unsern Antrag an. (Beif. d. H. Soz. — Zustimmung: Die Regierung schweigt!)

Abg. Herold (Dnt.): Der Abg. Hoffmann hat uns vorgeworfen, daß wir bei seinem Antrag gelacht hätten. Wir wissen sehr wohl, daß es sich hier um eine außerordentlich ernste Sache handelt, und wollen uns darüber hier aussprechen. Herr Hoffmann hat sehr recht; es ist viel unschuldig vergossenes Blut in Berlin vergossen, es fragt sich nur, von welcher Seite. (Beif. Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Vorgänge sind in der Tat ein Schandstück für alle Ewigkeit. Es fragt sich nur, wer davon Schuld ist. (Erneute Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir wünschen also auch, daß die Angelegenheit hier auf das gründlichste besprochen wird, beantragen aber aus formalen Gründen, damit die Rotverfassung für Preußen unendlich erleichtert werden kann, den Antrag Hoffmann abermorgen zu beraten.

Abg. Adolf Hoffmann (H. Soz.): Darf, von welcher Seite Beweise erbringen, daß Ihnen Oien und Sehen vergehen wird. Wundern muß ich mich, daß der Justizminister zu der Frage gar keine Stellung nimmt. Die Erledigung der Rotverfassung ist nicht so dringend notwendig wie die Erledigung unseres Antrages, der unartiges Blutvergießen vermeiden soll.

Abg. Reiner (Soz.): Es wird sehr zweckmäßig sein, diesen Antrag zu verhandeln, und dem Volk draußen, das über die Vorgänge in Berlin nicht hinreichend unterrichtet ist, zu zeigen, wer die Schuld an diesen Dingen trägt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird sehr heilsam für unser ganzes Volk wirken, wenn rechtlich aufgeklärt wird, wer die Schuldigen sind. (Sehr wahr!) Wir werden daher für den Antrag Hoffmann stimmen.

Ministerpräsident Hirsch: Abg. Hoffmann hat seine Verantwortung ausgesprochen, daß der Justizminister zu der Frage nicht Stellung nimmt. Wenn es sich um die materielle Beratung des Antrages handeln wird, wird sich die Regierung selbstverständlich dazu äußern. Im übrigen haben wir keinen Anlaß, uns in die rein geschäftlichen Angelegenheiten des Hauses einzumischen. Von unserer Seite würde dem nichts entgegenstehen, wenn der Antrag noch in dieser Stunde beraten würde.

Abg. Adolf Hoffmann (H. Soz.): Ich hätte mich allerdings nicht an den Justizminister, sondern an den Minister des Innern wenden müssen, um Auskunft darüber, ob es wahr ist, daß das Ständrecht nicht mit dem Willen der Regierung erlassen, sondern erzwungen von der Soldateska. (Hört! hört! bei den H. Soz.) Das ist einfach mit Stiel bedroht wird, wenn das Ständrecht nicht erhoben wird. Mit Rücksicht auf den Abg. Herold beantrage ich nun, unseren Antrag als den dritten Gegenstand auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.) schließt sich dem Antrag Reiner an.

Abg. Herold (D. Nat.): Wenn auch unsere formellen Bedenken zurücktreten, so werden wir doch den Wünschen der Unabhängigen entsprechend, dafür stimmen, daß der Antrag morgen beraten wird. Wir haben nichts zu verbergen, wir wollen dieses Thema nach allen Richtungen gründlich durchgesprochen wissen.

Abg. Dr. Porsch (Centr.): Auch wir sind damit einverstanden, daß dieser Antrag morgen auf die Tagesordnung kommt. Mögen die Verhandlungen aber auch dazu beitragen, das Vergehen unschuldigen Blutes zu verhindern. Nachdem auch noch Abg. Dr. von Krause (D. W.) sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat, konstatiert der Alterspräsident die Einstimmigkeit des ganzen Hauses, die Tagesordnung für morgen dahin abzuändern, daß an dritter Stelle der Antrag Adolf Hoffmann und an vierter der vorläufige Verfassungsentwurf beraten wird.

Schluß 14 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr. Wahl des Präsidiums. Antrag Adolf Hoffmann, Verfassungsentwurf.

Die Friedensdelegation.

Die Zusammenlegung der deutschen Friedensdelegation steht nunmehr fest. Sie besteht aus 8 Mitgliedern. Die Führung der Delegation ist dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Brockdorff-Rantzau übertragen. Ferner gehören ihr an die Minister Dr. David und Sieberts, der deutsche Gesandte in Bern und frühere Redakteur der „Münchener Post“, Adolf Müller, der Hamburger Bankier Max Warburg und der Würzburger Völkerrechtslehrer und Privatdozent Dr. Schäding. Der Delegation sind vom Kabinett weitgehende Vollmachten erteilt worden, die endgültige Entscheidung bleibt jedoch beim Reichskabinett. Die Presse soll bei den Friedensverhandlungen zugezogen werden.

Erstentlich ist an der Delegation vor allem die endliche und allerdings viel zu späte Ausschaltung des Herrn Erzberger. Im übrigen ist die Delegation bis auf Dr. Schäding sehr wenig glücklich zusammengesetzt. Müller, Sieberts und David sind bewährte Durchhaltepolitiker geworden, und insbesondere David hat die offizielle Kriegsauslösung immer wieder verteidigt und hat als Wortführer der Rechtssozialisten in Stockholm eine sehr unglückliche Rolle gespielt.

Selbst das „Berliner Tageblatt“ ist von der Zusammenlegung der Delegation wenig entzückt, wenn es auch mit seiner Kritik zurückhält. Immerhin hält das Blatt es für überaus bedauerlich, daß nicht ein Mitglied der Unabhängigen zu der Friedensdelegation gehören darf, der in den sozialistischen Kreisen der ganzen Welt großes Ansehen genießt, wäre der geeignete Mann gewesen. Das „Berliner Tageblatt“ scheint noch immer nicht zu wissen, daß die rechtssozialistischen Führer gewohnt sind, ihre Fraktionsinteressen über alle anderen zu stellen.